



Aufstand

Als sich die Reformation zu einer Bedrohung der politischen Verhältnisse ausweitete, bekannte sich Luther entschieden zu den Herrschenden. Die Auseinandersetzung mit Thomas Müntzer und der Bauernkrieg (Teil 2). Von Gert Wendelborn

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 29. MAI 2017 · NR. 123 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Isoliert

Zu Besuch bei dem türkischen Schriftsteller Aziz Tunc in einer Flüchtlingsunterkunft in Hanau

3

Trainiert

G-20-Gipfel-Gegner bereiten während der ATTAC-»Aktionsakademie« in Hamburg Proteste vor

4

Scharfgemacht

Der frühere US-Berater Zbigniew Brzezinski ist verstorben. Seine Ziehsohne morden weiter

6

Aufgefordert

Venezuela: Ab dieser Woche können sich Kandidaten zur Verfassunggebenden Versammlung melden

7



Empörung in Madrid

Großdemonstration in Spaniens Hauptstadt gegen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen. Korrupte Rechtsregierung am Pranger. Von Peter Steiniger

Rajoy's Regierung hat sich verrechnet: In Spanien wächst der Widerstand gegen eine Politik des gesellschaftlichen Rückschritts erneut (Madrid, 27.5.2017)

In Madrid wurde am Samstag die Unzufriedenheit deutlich. Aus dem ganzen Land waren Demonstranten mit 200 Bussen zum »Marsch der Würde« unter der Losung »Brot, Arbeit, Wohnung und Gleichheit« ins Zentrum der spanischen Hauptstadt gekommen, um gegen die Politik der konservativen spanischen Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy zu protestieren. Aufgerufen hatten Gewerkschaftsverbände, linke Parteien und Organisationen. Die Veranstalter sprachen anschließend von 200.000 Teilnehmern, deren sechs Marschkolonnen sich am Boulevard Gran Via vereinigt hatten und die zur Plaza de España geströmt waren. Regierungsvertreter wollten dagegen nur klägliche 6.000 Demonstranten gezählt haben. Angesichts der Bilder ein lächerlicher Versuch, das Ereignis politisch abzuwerten.

Der Marsch sollte an die großen

Massenaktionen in der jüngeren Vergangenheit des iberischen Landes anknüpfen. Er endete mit der Verlesung eines Manifests und richtete sich insbesondere gegen die sogenannten Arbeitsmarktreformen der spanischen Regierung, mit denen der Kündigungsschutz weitgehend ausgehebelt wurde. Zu den Forderungen zählen die Bekämpfung prekärer Arbeitsbedingungen, bessere Renten und ein Ende der Privatisierungen im öffentlichen Dienst. Angeprangert wurden von den Initiatoren auch die Zustände im Bildungssektor und Gesundheitswesen. Ein weiteres wichtiges Thema des Protestes war die Gewalt gegen Frauen in der spanischen Gesellschaft. Verlangt wurde zudem die Abschaffung des vordemokratischen »Knebelgesetzes« (»Ley Moraza«), mit dem unter dem Deckmantel der Sicherheitspolitik das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt, Veranstalter und Teil-

nehmer von Demonstrationen mit hohen Strafen bedroht werden. Für Empörung sorgt weiterhin die Praxis der Zwangsräumungen von Wohnungen, deren Besitzer häufig durch die steigenden Zinsen auf Bankkredite ruiniert wurden.

Die große Beteiligung am Marsch sehen die Organisatoren als ein klares Signal dafür, dass die Zeit der Resignation und des Rückzugs vorbei ist. Silvia Salamanca, eine der Koordinatorinnen, betonte, dass eine solche Demo nötig war, »weil der Kampf auf der Straße der einzig mögliche Weg« sei. Den Weg dorthin hatten auch Vertreter von Parteien gefunden, darunter mehrere führende Politiker vom Linksbündnis »Podemos«. Für Alberto Garzón, Vorsitzender der Partei »Izquierda Unida« (Vereinigte Linke), ist der Erfolg ein Indiz für eine »allgemeine Unzufriedenheit« angesichts der Skandale, in denen die regierende Volkspartei

(PP) steckt. Die linken Parteien müssten zeigen, dass sie »die Alternative sind, um das Land wieder aufzubauen«. »Wir brauchen eine neue Regierung, ohne die Beteiligung einer Partei, die durch und durch korrupt ist, wie es die Volkspartei ist.«

Das Wiederaufleben der großen Proteste fällt in eine Zeit, in der Rajoy's konservative Minderheitsregierung den konjunkturellen Aufschwung vor sich herträgt. Doch bei vielen Spaniern kommt der nicht an, neue Arbeitsplätze sind häufig prekär: schlecht bezahlt und oft nur befristet. Mit fast 19 Prozent liegt die offizielle Erwerbslosenquote noch immer weit über dem europäischen Durchschnitt. Große Korruptionsaffären im Lager der Konservativen um Hunderte Millionen Euro, die sich um Staatsaufträge und schwarze Konten drehen, haben das Ansehen der Rajoy-Regierung gründlich ruiniert.

Entscheidung zu Incirlik in zwei Wochen



Berlin. Die Bundesregierung will in rund zwei Wochen über den möglichen Abzug der Bundeswehr vom türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik entscheiden. Man sei dazu »weiter mit der türkischen Seite im Gespräch« und arbeite »an einer Entscheidung bis Mitte Juni«, hieß es am Sonntag im Auswärtigen Amt. Damit wurde ein Spiegel-Bericht bestätigt, nach dem im Streit über Besuche von Bundestagsabgeordneten bei deutschen Soldaten in Incirlik Gespräche mit der türkischen Regierung geführt werden sollen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Donnerstag den Abzug der dort stationierten rund 250 Soldaten und der deutschen »Tornado«-Flugzeuge angekündigt, sollte die Türkei in dieser Frage nicht einlenken. Mit dem Kontingent unterstützt die BRD offiziell die internationale Koalition gegen die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS). (Reuters/JW)

Miguel Urbano Rodrigues verstorben

Lissabon. Der portugiesische Journalist, Schriftsteller und Politiker Miguel Urbano Rodrigues ist am vergangenen Sonntag im Alter von 91 Jahren verstorben. Urbano Rodrigues, der seit Januar 1964 der Kommunistischen Partei Portugals (PCP) angehörte, prägte das geistige und politische Leben seines Landes mit. Während der Salazar-Diktatur exilierte er nach Brasilien, wo er als Leitartikler der Zeitung *O Estado de S. Paulo* wirkte, und kehrte nach der Nelkenrevolution 1974 nach Portugal zurück. Dort übernahm er die Chefredaktion des PCP-Zentralorgans *Avante!* und leitete von 1976 bis 1985 die linke Tageszeitung *O Diário*. Von 1990 bis 1995 vertrat er seine Partei im Parlament. Miguel, Bruder des ebenfalls bekannten, 2013 verstorbenen Schriftstellers Urbano Tavares Rodrigues, hinterlässt ein breites literarisches Werk. Urbano Rodrigues wird am heutigen Montag in Porto beigesetzt. (pst)

Sizilien wegen G-7-Treffen abgesperrt

Flüchtlinge: Erst Sonntag durften 1.500 Menschen aus überfülltem Schiff in Neapel an Land

Nach einer vom G-7-Gipfel auf Sizilien verursachten Odyssee auf dem Mittelmeer sind am Sonntag fast 1.500 erschöpfte Menschen in Neapel angekommen. Ein Schiff der Hilfsorganisation »Ärzte ohne Grenzen« (MSF) hatte sie am Donnerstag auf mehreren Booten entdeckt und unter schwierigen Bedingungen an Bord genommen. Das italienische Fernsehen zeigte Bilder von der Landung in der kampanischen Metropole.

Ursprünglich wollte MSF Sizilien ansteuern, wo aber während des Gipfels der großen westlichen In-

dustriestaaten, der am Sonnabend nachmittag zu Ende ging, aus Sicherheitsgründen keine Schiffe anlegen durften. Mitarbeiter an Bord sprachen von äußerst prekären Zuständen. Es sei inakzeptabel, dass wegen des Treffens der Politiker das Leben so vieler Menschen gefährdet werde, hieß es in einer Mitteilung.

Nachdem am Sonnabend auch die wichtigsten Grundversorgungsmittel zu Ende gegangen waren, hatte die »Vos Prudence« am Abend die Erlaubnis erhalten, kurz im sizilianischen Palermo zu landen, um neue Vorräte zu laden. Von da stach sie

wieder in See, nun mit dem Ziel Neapel auf dem Festland. An Bord waren mehr als 1.000 Männer, 140 Frauen, 45 Kinder und zwei Tote, die auf einem Gummiboot entdeckt worden waren. Auch ein Schiff der Hilfsorganisation MOAS musste mit rund 560 Menschen an Bord einen Umweg fahren. Es sei in Crotona in Kalabrien gelandet – mit 34 Leichen an Bord, die nach einem Unglück letzte Woche aus dem Meer geborgen worden waren.

Die italienische Küstenwache berichtete am Wochenende von weiteren Rettungsaktionen. Am Freitag

hätten Schiffe der Guardia Costiera, der italienischen Marine sowie der EU-Operation EUNAVFOR Med innerhalb von 24 Stunden 2.200 Menschen bei zwölf Einsätzen in Sicherheit gebracht, sagte ein Sprecher der Küstenwache der Nachrichtenagentur dpa. Sie waren wie meist auf völlig überfüllten Gummibooten von Libyen aus in See gestochen. Auf den Booten seien auch zehn Leichen entdeckt worden. Wie diese Menschen zu Tode gekommen sind, war noch unklar. (dpa/JW)

■ Siehe Seite 9

jW wird herausgegeben von 2.041 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2017)
www.jungewelt.de/lpg

